

zum Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Nummer 3*

Ausgegeben in München am 14. Februar 2005

Jahrgang 2005

Inhalt

	Seite		Seite
Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen für den Prüfungstermin 2007/I nach der Lehramtsprüfungsordnung II (LPO II)	26*	Internationale Schulmusikwochen in Salzburg Kurs A vom 3. bis 11. August 2005 Kurs B vom 11. bis 19. August 2005	30*
Lehrerfortbildungsprogramme 2005 „American / Australian Studies for Teachers“ in den USA und in Australien: – vom 30. Juli bis 20. August 2005 in Portland, Oregon, USA – vom 29. Juli bis 20. August 2005 in Brisbane, Queensland, Australien	27*	Ausschreibungen von Schulratsstellen	31*
Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Realschulen September 2005/2007 nach der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Realschulen	27*	Parlamentsseminare 2005 der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit .	31*
Besetzung von Direktorenstellen im Bereich der staatlichen Gymnasien (Zweitausschreibung)	28*	Sammlung für das Deutsche Müttergenesungswerk 2005	32*
Besetzung der Stelle des Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Mittelfranken	29*	Hospitation bayerischer Lehrkräfte an Schulen in Großbritannien im Herbst 2005	33*
Zweite Staatsprüfungen 2006 für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen nach der Lehramtsprüfungsordnung II	29*	Einstellungsprüfung zum staatlichen Vorbereitungsdienst für das Lehramt der gewerblichen Fachlehrer an Berufsschulen und für Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern	33*
		Hinweis	35*

**Zweite Staatsprüfung für das
Lehramt an Realschulen
für den Prüfungstermin 2007/I
nach der Lehramtsprüfungsordnung II (LPO II)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 17. Januar 2005 Nr. V.1-5S6154-PRA.525

Ausschreibung für den Prüfungstermin 2007/I

I.

Die Studienreferendare der Studienseminare Februar 2005/2007 nehmen an der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen 2007/I nach der Lehramtsprüfungsordnung II (LPO II) teil.

Die Einzelprüfungen werden wie folgt abgelegt:

- die 1. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 11. April 2005 bis 15. Juli 2005 an der Seminarschule,
- die 2. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 8. November 2005 bis 10. Februar 2006 an der Seminarschule,
- die 3. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 9. Oktober 2006 bis 21. November 2006 an der Einsatzschule,
- das Kolloquium in der Zeit vom 18. September 2006 bis 6. Oktober 2006 an der Seminarschule und
- die mündliche Prüfung in der Zeit vom 9. Oktober 2006 bis 21. November 2006 an der Seminarschule.

Hinsichtlich der schriftlichen Hausarbeit sind die in § 18 LPO II genannten Termine und Fristen zu beachten.

II.

Studienreferendare der Studienseminare Februar 2005/2007, die eine Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach abgelegt haben oder während des Vorbereitungsdienstes ablegen und auch an der Zweiten Staatsprüfung in diesem Fach teilnehmen wollen, haben diese nach § 28 Abs. 1 LPO II zusammen mit der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen zu den in Abschnitt I Spiegelstrich 2 oder 3 (Lehrprobe) und 5 (mündliche Prüfung) genannten Terminen abzulegen.

Die Studienreferendare haben den örtlichen Prüfungsleitern (Seminarleitern) eine etwaige Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach mit allen erforderlichen Einzelangaben (Fach, Termin der erfolgreichen Ablegung der Prüfung) unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

III.

Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung wegen Nichtbestehens

An der Zweiten Staatsprüfung 2007/I nehmen auf Antrag auch die Bewerber teil, die die Zweite Staatsprüfung 2006/I nicht bestanden haben und die zur Wiederholung der Prüfung (§ 10 Abs. 1 LPO II) für ein weiteres Jahr in den Vorbereitungsdienst wieder eingestellt worden sind. Diese Bewerber werden einem Studienseminar Februar 2005/2007 zugewiesen. Sie

legen die Einzelprüfungen wie folgt an der Seminarschule ab:

- die 1. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 3. April 2006 bis 2. Juni 2006,
- die 2. Prüfungslehrprobe in der Zeit vom 20. Juni 2006 bis 21. Juli 2006
oder vom 25. September 2006 bis 27. Oktober 2006.

Für die 3. Prüfungslehrprobe, das Kolloquium und die mündliche Prüfung gelten die Termine von Abschnitt I.

Für den Fall, dass im Rahmen der Wiederholungsprüfung auch die schriftliche Hausarbeit zu fertigen ist, hat der Prüfungsteilnehmer das Thema hierfür bis spätestens 30. April 2006 einzuholen.

Die sonstigen Bestimmungen von § 18 LPO II gelten entsprechend.

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007/I in einem Erweiterungsfach können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die eine solche Prüfung erstmals 2006/I oder 2006/II abgelegt und nicht bestanden haben (§ 32 Abs. 1 LPO II). Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung muss spätestens am 28. Juli 2006 beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingegangen sein. Die Wiederholungsprüfung (Prüfungslehrprobe und mündliche Prüfung) findet in der Zeit vom 16. Oktober 2006 bis 17. November 2006 an einer Seminarschule statt.

IV.

Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung zur Notenverbesserung

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007/I können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die diese Prüfung erstmals 2006/I oder 2006/II abgelegt und bestanden haben (§ 16 Abs. 2 LPO II).

Voraussetzung für die Zulassung ist

1. für Bewerber, die die Zweite Staatsprüfung 2006/I bestanden haben, dass sie
 - 1.1 sich bis spätestens 27. Februar 2006 (bei Fertigung einer neuen schriftlichen Hausarbeit) bzw. bis spätestens 1. Juni 2006 (bei Anrechnung der anlässlich der Erstablegung gefertigten schriftlichen Hausarbeit) zur Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung schriftlich anmelden,
 - 1.2 der Meldung die in § 16 Abs. 2 LPO II verlangten Unterlagen beifügen
 - 1.3 mit der Meldung eine Erklärung abgeben, ob sie die bei der Erstablegung gefertigte schriftliche Hausarbeit angerechnet haben wollen oder nicht;
2. für Bewerber, die die Zweite Staatsprüfung 2006/II bestanden haben, dass sie
 - 2.1 sich bis spätestens 11. September 2006 zur Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung schriftlich anmelden und
 - 2.2 gleichzeitig beantragen, dass die bei der Erstablegung gefertigte schriftliche Hausarbeit angerechnet werden soll.

Die Anmeldung zur Wiederholungsprüfung ist an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Referat V.1 zu richten.

Diese Bewerber für eine Wiederholung der Prüfung zur Notenverbesserung haben die Zweite Staatsprüfung zu den unter Abschnitt I genannten Terminen (Kolloquium und mündliche Prüfung) bzw. in der Zeit vom 25. September 2006 bis 10. November 2006 (Prüfungslehrproben) abzulegen.

Das Thema für eine neu zu fertigende Hausarbeit ist vom Prüfungsteilnehmer bis spätestens 30. April 2006 einzuholen.

Zur Zweiten Staatsprüfung 2007/I in einem Erweiterungsfach können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die eine solche Prüfung erstmals 2006/I oder 2006/II abgelegt und bestanden haben (§ 32 Abs. 2 LPO II). Die Sätze 2 und 3 des letzten Absatzes von Abschnitt III gelten entsprechend.

V.

In begründeten Fällen (z. B. nach § 12 LPO II) kann das Prüfungsamt genehmigen, dass Prüfungsteile auch außerhalb der genannten Prüfungszeiträume abgelegt werden.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2005 S. 26*
StAnz 2005 Nr. 4

Lehrerfortbildungsprogramme 2005 „American / Australian Studies for Teachers“ in den USA und in Australien: – vom 30. Juli bis 20. August 2005 in Portland, Oregon, USA – vom 29. Juli bis 20. August 2005 in Brisbane, Queensland, Australien

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus
vom 17. Januar 2005 Nr. III.7-5P4160.8-6.131 202^I**

Das Staatsministerium hat mit Schreiben vom 27. Dezember 2004 Nr. III.7-5P4160.8-6.131 202 die Lehrgänge „The American Dream – Myth or Reality“ in Portland, Oregon, vom 30. Juli bis 20. August 2005 bzw. „Teaching Australia“ in Brisbane, Queensland, vom 29. Juli bis 20. August 2005 als die staatliche Lehrerfortbildung ergänzende Maßnahmen für Lehrkräfte aller Schularten anerkannt.

Es besteht ggf. Einverständnis, dass Teilnehmer für die Anreise am Ende des Schuljahres von ihren Dienstvorgesetzten Dienstbefreiung erhalten, sofern schulische Belange nicht entgegenstehen. Zuschüsse

zu den Kosten der Teilnehmer können aus Mitteln der staatlichen Lehrerfortbildung nicht gewährt werden.

Nähere Informationen erteilt das

Deutsch-Amerikanische Institut Tübingen

Frau Ulrike Krone (Lehrerfortbildung)
Karlstraße 3
72072 Tübingen

Tel: 0 70 71/7 95 26-12 (montags)

Fax: 0 70 71/7 95 26-26

Homepage: <http://www.dai-tuebingen.de>

e-Mail: ulrike.krone@dai-tuebingen.de

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2005 S. 27*

Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Realschulen September 2005/2007 nach der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Realschulen

**Bekanntmachung des Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 17. Januar 2005 Nr. V.1-5S6111-524

Im Jahr 2005 wird der Vorbereitungsdienst (September 2005/2007) nach der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Realschulen (ZALR) in der jeweils geltenden Fassung eingerichtet.

I.

Voraussetzungen für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst

Bewerber, die die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen nach der Ordnung der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen in der jeweils geltenden Fassung oder eine nach Art. 6 Abs. 4 Bayer. Lehrerbildungsgesetz anerkannte Staatsprüfung bestanden haben, können zum Vorbereitungsdienst zugelassen werden, wenn sie die allgemeinen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf erfüllen.

II.

Vorbereitungsdienst September 2005/2007

1. Der Vorbereitungsdienst wird zu folgender Zeit durchgeführt:

13. September 2005 bis 9. September 2007

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß Landtagsbeschluss vom 9. November 2000 ein Eintritt in den

Vorbereitungsdienst zum Februar ab dem Jahr 2006 nicht mehr möglich ist.

2. Für die Meldung zum Vorbereitungsdienst gilt folgender Termin:
Letzter Meldetag (Ausschlussfrist): 13. April 2005
3. Bewerber, die die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen in Bayern ablegen, erhalten gleichzeitig mit der Zulassung zur Ersten Staatsprüfung die Antragsformulare für die Meldung zum Vorbereitungsdienst durch das Prüfungsamt. Alle anderen Bewerber können die erforderlichen Antragsformulare vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus, – Referat III.8 –, Salvatorstraße 2, 80333 München erhalten.
4. Die Meldungen sind mit den im Antrag genannten Unterlagen ausschließlich an das Staatsministerium zu richten.

Kandidaten, die sich um Zulassung zum Vorbereitungsdienst bewerben, weisen die Behörden, die das amtsärztliche Gesundheitszeugnis ausstellen, ausdrücklich darauf hin, dass es

- a) zur Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Realschulen beantragt wird und
- b) **an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, – Referat III.8 –, Salvatorstraße 2, 80333 München zu senden ist.**

Es wird darauf hingewiesen, dass die Ausstellung des amtsärztlichen Gesundheitszeugnisses erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Bewerber sollten sich rechtzeitig um einen Untersuchungstermin bemühen.

5. Für die Dauer des Vorbereitungsdienstes werden Anwärterbezüge gewährt. Die Höhe der Bezüge richtet sich nach den jeweiligen Sätzen der Anlage VIII zum Bundesbesoldungsgesetz.

Nach Eignung und Bedarf können Studienreferendare im zweiten Ausbildungsabschnitt mit einem Unterrichtsauftrag zur Unterrichtshilfe an einer Realschule herangezogen werden.

III.

Verwendung im öffentlichen Schuldienst

Aus der erfolgreichen Ableistung des Vorbereitungsdienstes und dem Bestehen der Zweiten Staatsprüfung kann kein Anspruch auf Verwendung im öffentlichen Schuldienst abgeleitet werden.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2005 S. 27*
StAnz 2005 Nr. 4

Besetzung von Direktorenstellen im Bereich der staatlichen Gymnasien (Zweitausschreibung)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 25. Januar 2005 Nr. VI-5P5001.1-6.7628

An folgendem Gymnasium ist zum August 2005 die Stelle des Schulleiters / der Schulleiterin zu besetzen:

Goethe-Gymnasium Regensburg

Die Schule ist ein Naturwissenschaftlich-technologisches und ein Sprachliches Gymnasium mit Englisch als erster Pflichtfremdsprache (etwa 1257 Schülerinnen und Schüler). Sie ist ein Gymnasium mit Studienseminar und arbeitet mit Heim(en) am Ort zusammen.

Es können sich Beamte / Beamtinnen (Besoldungsgruppe A 14 und höher) des staatlichen Gymnasialdienstes und Beamte / Beamtinnen an staatlichen Fachoberschulen und Berufsoberschulen mit den Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien und Unterrichtserfahrungen an Gymnasien unter Angabe von Prüfungsjahrgang und Fächerverbindung bewerben. Frauen werden besonders aufgefordert sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Es wird erwartet, dass der Schulleiter / die Schulleiterin Wohnung am Schulort selbst oder in unmittelbarer Umgebung nimmt.

Die ausgeschriebene Stelle ist für die Besetzung mit einem / einer Schwerbehinderten geeignet; Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen werden unter Angabe der privaten Anschrift über die Leitung der Schule eingereicht, die sie mit einer Stellungnahme über den Ministerialbeauftragten an das Staatsministerium weitergibt. Falls die letzte dienstliche Beurteilung länger als vier Jahre zurückliegt oder in vereinfachter Form erstellt wurde, muss die Stellungnahme ausführlich auf die fachliche Leistung sowie auf Eignung und Befähigung des Bewerbers / der Bewerberin, insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Schulleitertätigkeit, eingehen. Gleiches gilt, wenn der Bewerber / die Bewerberin seit der letzten dienstlichen Beurteilung befördert oder mit einer Funktionstätigkeit betraut wurde, deren Ausübung im Rahmen der letzten dienstlichen Beurteilung noch nicht gewürdigt werden konnte. Dem Ministerialbeauftragten wird empfohlen, seinerseits eine Stellungnahme abzugeben.

Termin zur Vorlage der Bewerbung
beim zuständigen Ministerialbeauftragten 2 Wochen
und zur Vorlage beim Staatsministerium 4 Wochen
nach Erscheinen des Amtsblattes.

Die Ausschreibung ist den Lehrkräften durch die Direktorate bekannt zu geben.

Erhard
Ministerialdirektor

**Besetzung
der Stelle des Ministerialbeauftragten
für die Gymnasien in Mittelfranken**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 26. Januar 2005 Nr. VI-5P5001.1-6.7629

Zum 1. August 2005 ist die Stelle des Schulleiters / der Schulleiterin des Hans-Sachs-Gymnasiums Nürnberg und des / der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Mittelfranken zu besetzen.

Die Schule ist ein Naturwissenschaftlich-technologisches und ein Sprachliches Gymnasium mit Englisch als erster Pflichtfremdsprache (etwa 1000 Schülerinnen und Schüler). Die Schule ist ein Gymnasium mit Studienseminar.

Es können sich Beamte / Beamtinnen des staatlichen Gymnasialdienstes und Beamte / Beamtinnen an staatlichen Fachoberschulen und Berufsoberschulen mit den Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien und Unterrichtserfahrungen an Gymnasien unter Angabe von Prüfungsjahrgang und Fächerverbindung bewerben. Erfahrung in der Leitung eines Gymnasiums ist wünschenswert. Frauen werden besonders aufgefördert sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Es wird erwartet, dass der / die künftige Ministerialbeauftragte Wohnung am Schulort selbst oder in unmittelbarer Umgebung nimmt.

Die ausgeschriebene Stelle ist für die Besetzung mit einem / einer Schwerbehinderten geeignet; Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen werden unter Angabe der privaten Anschrift (ggf. über die Leitung der Schule) beim Ministerialbeauftragten eingereicht, der sie mit einer Stellungnahme an das Staatsministerium weitergibt.

Termin zur Vorlage der Bewerbung
beim zuständigen Ministerialbeauftragten 2 Wochen
und zur Vorlage beim Staatsministerium 4 Wochen
nach Erscheinen des Amtsblattes.

Die Ausschreibung ist den Lehrkräften durch die Direktorate bekannt zu geben.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 29*

**Zweite Staatsprüfungen 2006
für das Lehramt an Grundschulen und das
Lehramt an Hauptschulen
nach der Lehramtsprüfungsordnung II**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 26. Januar 2005 Nr. IV.4-5 S 7154-4.2098

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus veranstaltet Zweite Staatsprüfungen für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen 2006 für diejenigen Lehramtsanwärter, die im September 2004 in den Vorbereitungsdienst nach der Ordnung der Zweiten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen (Lehramtsprüfungsordnung II – LPO II) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1992 (GVBl S. 496, BayRS 2038-3-4-8-11-UK), geändert durch Verordnung vom 21. Juli 1995 (GVBl. S. 565), Verordnung vom 18. Juli 1997 (GVBl S. 303), Verordnung vom 4. August 2003 (GVBl S. 590) und Verordnung vom 28. Oktober 2004 (GVBl S. 428), eingetreten sind.

Ferner sind zu den Zweiten Staatsprüfungen die Bewerber zugelassen, die auf Grund einer Verlängerung oder Verkürzung ihres Vorbereitungsdienstes diesen Prüfungen zugewiesen sind, und die Bewerber, die zur Wiederholung der Prüfung wegen Nichtbestehens in den Vorbereitungsdienst wieder eingestellt worden sind.

Zu den Zweiten Staatsprüfungen können auf Antrag Bewerber zugelassen werden, die sich diesen Prüfungen zur Notenverbesserung unterziehen wollen.

Hierzu wird bekannt gegeben:

1. Die Prüfungen werden nach der Lehramtsprüfungsordnung II an den jeweiligen Schulorten der Prüfungsteilnehmer (Einzel- und Doppellehrprobe) und an ausgewählten Orten in den jeweiligen Regierungsbezirken (Kolloquium) durchgeführt. Die mündlichen Prüfungen finden in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg statt.
2. Die Einzelprüfungen werden wie folgt abgelegt:
 - 2.1 Einzelehrprobe und Doppellehrprobe in der Zeit vom 6. Februar 2006 bis 2. Juni 2006.
Hinweis: Die Reihenfolge Einzelehrprobe – Doppellehrprobe ist bei jedem Prüfungsteilnehmer einzuhalten. Daneben ist zu gewährleisten, dass dem einzelnen Teilnehmer eine angemessene Frist zwischen dem Ablegen der Einzel- und der Doppellehrprobe eingeräumt wird.
 - 2.2 das Kolloquium in der Zeit vom 28. März 2006 bis 19. Mai 2006
 - 2.3 die mündliche Prüfung in der Zeit vom 6. Juni 2006 bis 9. Juni 2006

In begründeten Fällen (z.B. nach § 12 LPO II) kann das Prüfungsamt genehmigen, dass Prüfungsteile auch außerhalb der genannten Prüfungszeiträume abgelegt werden.

3. Hinsichtlich der schriftlichen Hausarbeit sind die in § 18 LPO II genannten Fristen zu beachten. Die Themenvergabe erfolgt in der Zeit vom 13. April 2005 bis zum 12. Oktober 2005.
4. Lehramtsanwärter, die den Vorbereitungsdienst im September 2004 begonnen haben und eine Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach abgelegt haben oder während des Vorbereitungsdienstes bis spätestens 25. Januar 2006 ablegen, haben, soweit sie die Lehrbefähigung im Erweiterungsfach anstreben, auch die Zweite Staatsprüfung im Erweiterungsfach abzulegen (§ 28 Abs. 1 LPO II). Die Zweite Staatsprüfung im Erweiterungsfach ist zusammen mit den Zweiten Staatsprüfungen für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen zu den unter Nummer 2.1 (Einzellehrprobe) und Nummer 2.3 (mündliche Prüfung) genannten Terminen abzulegen. Die Lehramtsanwärter haben dem örtlichen Prüfungsleiter an der jeweils zuständigen Regierung eine etwaige Erste Staatsprüfung in einem Erweiterungsfach mit allen erforderlichen Einzelangaben (Fach, Termin der erfolgreichen Ablegung der Prüfung) unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.
5. Wiederholung der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Hauptschulen zur Notenverbesserung nach § 11 LPO II:
Zur Zweiten Staatsprüfung 2006 können auf Antrag auch Bewerber zugelassen werden, die diese Prüfung erstmals 2005 abgelegt und bestanden haben.
- 5.1 Die Meldung nach § 16 Abs. 3 LPO II zur Wiederholung der Prüfung hat spätestens zu erfolgen:
 - 5.1.1 falls die schriftliche Hausarbeit neu gefertigt wird: bis 1. Juli 2005
 - 5.1.2 falls die bei der Erstablegung der Prüfung gefertigte schriftliche Hausarbeit angerechnet werden soll: innerhalb von 4 Wochen nach Aushängung des Prüfungszeugnisses.
Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung ist an das Prüfungsamt der jeweils zuständigen Regierung zu richten.
- 5.2 Die Bewerber haben die Zweite Staatsprüfung (Wiederholungsprüfung) zu den unter Nummer 2 und 3 (falls die schriftliche Hausarbeit neu gefertigt wird) genannten Terminen abzulegen.
6. Gesuche von Schwerbehinderten und Gleichgestellten um Gewährung von Nachteilsausgleich nach § 38 der Allgemeinen Prüfungsordnung in der Fassung vom 24. März 1992 (GVBl S. 47, BayRS 2030-2-10-F), sind mit den einschlägigen Nachweisen gleichzeitig mit der Meldung zur Prüfung einzureichen.

E r h a r d
Ministerialdirektor

Internationale Schulmusikwochen in Salzburg
Kurs A vom 3. bis 11. August 2005
Kurs B vom 11. bis 19. August 2005

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 26. Januar 2005 Nr. III.7-5P4160.6-6.3708

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erkennt die Internationalen Schulmusikwochen 2005 in Salzburg als eine die staatliche Lehrerfortbildung ergänzende Maßnahme für bayerische Musiklehrkräfte aller Schularten an. Die Gewährung von Dienstbefreiung erübrigt sich, da die Termine auf die unterrichtsfreie Zeit der Sommerferien fallen.

Zuschüsse zu den Kosten der Teilnehmer können aus Mitteln der staatlichen Lehrerfortbildung nicht gewährt werden.

Im Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat für Salzburg finden im Sommer 2005 zwei Fortbildungsveranstaltungen für Musikpädagogik unter dem Gesamtthema „Beiträge zur Didaktik und Methodik eines zeitgemäßen Musikunterrichts“ statt. In Vorträgen und Workshops werden alle wesentlichen Arbeitsfelder der gegenwärtigen musikpädagogischen Schulpraxis berücksichtigt.

Die Teilnehmer sollen bei beiden Veranstaltungen mit verschiedenen Möglichkeiten der Stimm- und Atemschulung, Chorleitung und Schlagtechnik wie auch mit der Erarbeitung von Liedern und Tanzmusik im Unterricht vertraut gemacht werden.

Kurs A: Für Musikerziehung bei 6 bis 10jährigen in der Grundschule

vom 3. bis 11. August 2005

Kurs B: Für Musikerziehung bei 10 bis 18jährigen an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien

vom 11. bis 19. August 2005

Ort: BAKIP (Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik),
Schwarzstraße 35, A – 5020 Salzburg

Die Kosten für die Teilnahme an den Kursen betragen 245,- €.

Information und Anmeldung:
Internationale Schulmusikwochen
Frau Christine Rinderer-Frisch
Höhenstraße 118
A - 6020 Innsbruck

Tel. und Fax: 00 43/512/29 24 40
e-mail: info@schulmusik-rinderer.at
www.schulmusik-rinderer.at

E r h a r d
Ministerialdirektor

Ausschreibungen von Schulratsstellen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 26. Januar 2005 Nr. IV.3-5P7001.1.1-4.3805

Die Stelle des Schulrats (fachlicher Leiter) bei den Staatlichen Schulämtern in der Stadt Amberg und im Landkreis Amberg-Weizsach wird zur Bewerbung für Beamte / Beamtinnen aus der Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen (Art. 115 Abs. 2 Satz 1 BayEUG) ausgeschrieben.

Falls im Zusammenhang mit der Besetzung dieser Stelle die Stelle eines weiteren Schulrats an diesem Schulamt frei werden sollte, wird gleichzeitig ohne erneute Ausschreibung auch über die Besetzung dieser Schulratsstelle entschieden. Hierfür können sich auch Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen bewerben, die die Voraussetzungen für die Zulassung zur Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen nach § 1 der Verordnung vom 11. Mai 1983 (GVBl S. 385), geändert durch Verordnung vom 30. April 2003 (GVBl S. 349) – mindestens vierjährige Bewährung grundsätzlich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 13 oder höher – erfüllen.

Den Gesuchen ist deshalb eine Erklärung beizufügen, für welche Stelle(n) die Bewerbung gilt.

Es wird erwartet, dass der Beamte / die Beamtin Wohnung am Dienstort selbst oder in angemessener Nähe nimmt.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus strebt eine Erhöhung des Frauenanteils am Schulaufsichtspersonal an. Frauen werden deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Termin für die Einreichung der Bewerbungen wird im Amtlichen Schulanzeiger der Regierung der Oberpfalz veröffentlicht.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 31 *

*

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 26. Januar 2005 Nr. IV.3-5P7001.1.1-4.3806

Die Stelle des Schulrats (fachlicher Leiter) beim Staatlichen Schulamt im Landkreis Deggendorf wird zur Bewerbung für Beamte/Beamtinnen aus der Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen der Förderschulen (Art. 115 Abs. 2 Satz 1 BayEUG) ausgeschrieben.

Falls im Zusammenhang mit der Besetzung dieser Stelle die Stelle eines weiteren Schulrats an diesem Schulamt frei werden sollte, wird gleichzeitig ohne er-

neute Ausschreibung auch über die Besetzung dieser Schulratsstelle entschieden. Hierfür können sich auch Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen bewerben, die die Voraussetzungen für die Zulassung zur Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen nach § 1 der Verordnung vom 11. Mai 1983 (GVBl S. 385), geändert durch Verordnung vom 30. April 2003 (GVBl S. 349) – mindestens vierjährige Bewährung grundsätzlich in einem Amt der Besoldungsgruppe A 13 oder höher – erfüllen.

Den Gesuchen ist deshalb eine Erklärung beizufügen, für welche Stelle(n) die Bewerbung gilt.

Es wird erwartet, dass der Beamte/die Beamtin Wohnung am Dienstort selbst oder in angemessener Nähe nimmt.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus strebt eine Erhöhung des Frauenanteils am Schulaufsichtspersonal an. Frauen werden deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Termin für die Einreichung der Bewerbungen wird im Amtlichen Schulanzeiger der Regierung von Niederbayern veröffentlicht.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 31 *

Parlamentsseminare 2005 der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 26. Januar 2005 Nr. III.7-P4153-6.3612

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit führt im Jahr 2005 drei Parlamentsseminare für Lehrkräfte des gemeinschaftskundlichen Fachbereichs an folgenden Terminen durch:

- 95. Parlamentsseminar vom 26. bis 28. April 2005,
- 96. Parlamentsseminar vom 21. bis 23. Juni 2005,
- 97. Parlamentsseminar vom 25. bis 27. Oktober 2005.

Diese Seminare sollen

- das Wissen der Lehrkräfte über das parlamentarische Regierungssystem vertiefen,
- die Rolle der Länder – hier: des Freistaates Bayern – im Bundesstaat darstellen und
- den Lehrkräften durch die Begegnung mit den beteiligten Personen und den Besuch der Institutionen einen unmittelbaren, persönlichen Eindruck

von der Arbeit der parlamentarischen Gremien in Bayern vermitteln.

An jeweils jedem Seminar können insgesamt 25 Lehrkräfte aus Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Förderschulen in Bayern teilnehmen.

Die Anmeldung erfolgt beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Referat III.7, das die Teilnehmergruppe zusammenstellt und für den staatlichen Bereich Dienstbefreiung gewährt.

Gesuche um Teilnahme an einem bestimmten Seminar werden, wenn keine dienstlichen Gründe entgegenstehen, auf dem Dienstweg an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Referat III.7, weitergeleitet. Hierfür sollen die mit der Broschüre „Lehrerfortbildung in Bayern“ bereitgestellten Anmeldeformulare verwendet werden.

Die Anmeldung für die Parlamentsseminare sollen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus spätestens 6 Wochen vor Seminarbeginn vorliegen.

Weitere Informationen über den Seminarablauf und die Unterbringung sind dem Einladungsschreiben zu entnehmen, das die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit nach Ablauf des Anmeldetermins den Teilnehmerinnen und Teilnehmern übersendet.

Im Falle der Verhinderung aus unvorhersehbaren Gründen ist umgehend die Landeszentrale zu benachrichtigen (Tel.: 0 89/21 86 – 21 76), damit kurzfristig Ersatzteilnehmer benannt werden können.

Die Kosten der Übernachtung (Einzelzimmer), Verpflegung und die Fahrtkosten (höchstens einfache Fahrt Bahn AG 2. Klasse) trägt die Landeszentrale.

Anmeldungen, die unberücksichtigt bleiben mussten, erlöschen mit Seminarbeginn, so dass für die Teilnahme zu einem späteren Termin eine neue Anmeldung notwendig wird.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 31*
StAnz 2005 Nr. 6

**Sammlung für das
Deutsche Müttergenesungswerk 2005
Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus
vom 27. Januar 2005 Nr. III.1-5O4190.1-6.2875**

Die diesjährige Haus- und Straßensammlung des Deutschen Müttergenesungswerks (Elly Heuss-Knapp-Stiftung) wird in der Zeit vom 2. mit 15. Mai 2005 stattfinden.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bittet alle Schulen, die Sammlung wie bisher zu unterstützen. Die Unterstützung der Sammlung durch die Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit des Müttergenesungswerks.

Durch Bescheid der Regierung der Oberpfalz vom 9. November 2004 wurde dem Müttergenesungswerk die Sammlung u.a. unter folgenden Auflagen gestattet:

„Die Sammler müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben. Für Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, nicht aber in Gaststätten und anderen jedermann zugänglichen Räumen, dürfen bis zum Beginn der Dunkelheit, längstens jedoch bis 19.00 Uhr, auch Kinder und Jugendliche vom vollendeten 12. Lebensjahr herangezogen werden. Diese Kinder und Jugendlichen dürfen nur zu zweit sammeln und müssen auf geeignete Weise beaufsichtigt werden. Einer der beiden Sammler muss mindestens das 14. Lebensjahr vollendet haben.

Am 6. und 13. Mai in der Zeit von 12.00 Uhr bis 18.00 Uhr sowie am 7., 8., 14. und 15. Mai 2005 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr dürfen bei Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, nicht aber in Gaststätten und anderen jedermann zugänglichen Räumen und nicht an Orten, von denen für Kinder dieser Altersstufe eine erhöhte Gefährdung ausgehen kann, auch Kinder von zwölf und dreizehn Jahren zu zweit sammeln. Diese Kinder müssen auf geeignete Weise beaufsichtigt werden (z. B. durch in der Nähe befindliche ältere Sammler oder durch andere vom Sammlungsträger beauftragte Aufsichtspersonen).

Kinder unter zwölf Jahren dürfen bei der Sammlung nicht mitwirken. Auf dieses Verbot sind die an der Sammlung Mitwirkenden nachdrücklich hinzuweisen.“

Das Sammeln in der Schulanlage und die Aufforderung an die Schüler, sich an der Sammlung in der Öffentlichkeit zu beteiligen, kann der Schulleiter im Einvernehmen mit dem nach der Schulordnung zuständigen Gremium genehmigen. Die Genehmigung wird empfohlen. Die Schulen werden ferner gebeten, die Helfer und Mitarbeiter des Müttergenesungswerks bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen und im Unterricht auf die Bedeutung des Müttergenesungswerks hinzuweisen.

Über den Aushang von Plakaten des Müttergenesungswerks für die Sammlung 2005 entscheidet der Schulleiter.

Dr. B e r g g r e e n - M e r k e l
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2005 S. 32*
StAnz 2005 Nr. 6

**Hospitation bayerischer Lehrkräfte
an Schulen in Großbritannien im Herbst 2005**
**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**
vom 28. Januar 2005 Nr. II.4-5P4045.E-6.1977

Im Herbst 2005 kann wieder eine begrenzte Zahl bayerischer Lehrkräfte an Schulen in Großbritannien hospitieren.

Als Termin wurde der Zeitraum vom **14. November bis 2. Dezember 2005** festgelegt.

Durch den zwei- bis dreiwöchigen Aufenthalt an einer britischen Schule soll bayerischen Lehrkräften die Möglichkeit geboten werden, das Schulwesen des anderen Landes kennen zu lernen. Durch den direkten persönlichen Kontakt zu den britischen Kollegen sollen E-mail-Kontakte, Schülerbriefwechsel, Lehrer-austausch und Schulpartnerschaften angeregt oder vertieft werden. Gleichzeitig soll der Deutschunterricht an britischen Schulen durch die Anwesenheit eines *native speaker's* bzw. einer *resource person* für deutsche Landeskunde, Geschichte, Kultur, aktuelles Tagesgeschehen etc. gefördert und Vorurteilen entgegengewirkt werden.

Über die Dauer der Hospitation entscheiden die Gastschulen entsprechend ihren Möglichkeiten.

Für den Hospitationsaufenthalt gelten folgende Bedingungen:

1. Voraussetzung für die Teilnahme ist eine mindestens dreijährige Berufserfahrung nach dem 2. Staatsexamen sowie die Lehrbefähigung für das Fach Englisch. Es kommen Lehrkräfte an Gymnasien, Realschulen, Grund- und Hauptschulen sowie beruflichen Schulen in Frage. Falls mehr Bewerbungen vorliegen als Plätze zur Verfügung stehen, werden vorrangig Lehrkräfte mit Multiplikatorfunktion ausgewählt. Das Programm schließt eine Begleitung durch Familienangehörige während der Hospitation aus.
2. Fahrt- und Aufenthaltskosten tragen die Teilnehmer. Im Allgemeinen wird die bayerische Lehrkraft für die Dauer der Hospitation als „paying guest“ in einer Familie oder Pension untergebracht und verpflegt. Die Kosten dafür liegen z.Zt. bei ca. £ 100,- pro Woche.

Im Idealfall ergibt sich die Möglichkeit eines Austausches, wobei sich ein bayerischer Lehrer und ein britischer Lehrer gegenseitig während der Hospitation aufnehmen, die zu verschiedenen Terminen stattfindet. Der britische Kollege muss sich diesbezüglich an die ETG im *British Council* wenden. Zur Zeit bietet das *Anglo-German-Fellowship Programme* englischen Lehrkräften ggf. eine Möglichkeit zu einem Gegenbesuch im Rahmen der Durchführung eines Projekts.

3. Unter der Voraussetzung, dass die Unterrichtsvertretung von der betreffenden Schule selbst getragen werden kann, wird den Lehrkräften an staatlichen Schulen Sonderurlaub unter Fortgewährung der Leistungen des Dienstherrn in Aussicht gestellt. Staatlichen Lehrkräften kann auf Antrag vom

Staatsministerium für Unterricht und Kultus – soweit entsprechende Mittel zur Verfügung stehen – ein Reisekostenzuschuss gewährt werden.

4. Aufgrund der relativ geringen Anzahl an zur Verfügung stehenden Gastschulen können individuelle Ortswünsche nicht berücksichtigt werden. Es muss damit gerechnet werden, dass einige Schulen in ländlichen Regionen mit mangelhafter Verkehrsanbindung liegen. Im Meldebogen sollte daher unbedingt vermerkt werden, ob eine Anreise per Auto möglich ist. Es wird jeweils nur eine deutsche Lehrkraft an eine britische Schule vermittelt.
5. Der Pädagogische Austauschdienst erbittet von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Erfahrungsbericht über den Hospitationsaufenthalt und behält sich vor, einzelne Berichte zu vervielfältigen und zukünftigen Programmteilnehmern zur Vorbereitung zur Verfügung zu stellen.

Interessensbekundungen an dem Hospitationsprogramm im Herbst 2005 sind auf dem Dienstweg bis spätestens 10. März 2005 beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus (z.Hd. Herrn MR Dr. Schmidt, Ref. II.4) einzureichen. Die vom Staatsministerium ausgewählten Bewerber werden mit einem eigenen Schreiben gebeten, die Bewerbungsunterlagen im Internet abzurufen und dem Staatsministerium in vierfacher Ausfertigung bis zu einem noch zu nennenden Termin zuzuleiten.

Die Entscheidung über eine Vermittlung wird dann vom Pädagogischen Austauschdienst in Bonn im Benehmen mit den britischen Behörden getroffen.

Ist die Bewerbung erfolgreich, so ist umgehend ein Antrag auf Beurlaubung und Fortzahlung der Leistungen des Dienstherrn und gegebenenfalls ein Antrag auf Reisekostenzuschuss zu stellen.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2005 S. 33*
StAnz 2005 Nr. 6

**Einstellungsprüfung zum staatlichen
Vorbereitungsdienst für das Lehramt
der gewerblichen Fachlehrer an Berufsschulen
und für Fachlehrer für Schreibtechnik
an beruflichen Schulen in Bayern**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 1. Februar 2005 Nr. VII.2-5S9032-7.1139

Am 4. Oktober 2005 beginnt der einjährige Vorbereitungsdienst für das Lehramt der gewerblichen

Fachlehrer an Berufsschulen und der Fachlehrer für Schreibtechnik nach der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das Lehramt der gewerblichen Fachlehrer an Berufsschulen und der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern (ZAPOFIB) vom 21. April 1997 (GVBl S. 154), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. März 2000 (GVBl S. 334).

Die Teilnehmer am Vorbereitungsdienst müssen eine Einstellungsprüfung (Auswahlverfahren) erfolgreich abgelegt haben. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht in allen Fachrichtungen, in denen eine Einstellungsprüfung durchgeführt wird, ab Oktober 2005 eine Ausbildung im Vorbereitungsdienst erfolgt. Die Berufe bzw. Fachrichtungen, in denen der Vorbereitungsdienst am Staatsinstitut, Abteilung IV, Schlesierstraße 30, 91522 Ansbach, ab Oktober 2005 durchgeführt wird, werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt. Die Teilnehmer an der Einstellungsprüfung werden hierüber vom Staatsinstitut informiert. Über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst entscheidet die Regierung von Mittelfranken nach Durchführung der Einstellungsprüfung.

1. Berufe bzw. Fachrichtungen sowie Termin der Einstellungsprüfung 2005

Die **Einstellungsprüfung 2005** wird für folgende Berufe bzw. berufliche Fachrichtungen durchgeführt:

- a) gewerbliche Fachlehrer
Bäcker / Konditoren
Elektrotechnik: Energietechnik
Elektrotechnik: Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung
Fleischer*
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger
Florist
Frisöre*
Gärtner / Produktionsgartenbau*
Glastechnik / Glas- und Kerammaler
Gold- und Silberschmied
Holztechnik / Tischler*
Hotelmeister
Kfz-Mechaniker / Kfz-Mechatroniker
Karosserie- / Fahrzeugbauer*
Küchenmeister
Kunststofftechnik*
Maler und Lackierer*
Hochbau / Beton- und Stahlbetonbauer
Hochbau / Maurer
Metall / Fertigungstechnik
Metall / Installationstechnik
Metallbautechnik
Orthopädietechnik
Restaurantmeister
Steintechnik
Textiltechnik und Bekleidung
Zahntechnik
Zimmerer*

b) Fachlehrer für Schreibtechnik

Die Einstellungsprüfung für den Vorbereitungsdienst der gewerblichen Fachlehrer und der Fachlehrer für Schreibtechnik findet am **9. April 2005** statt. Ort und Zeit werden den Bewerbern vom Staatsinstitut schriftlich mitgeteilt.

2. Meldeverfahren für die Einstellungsprüfung der gewerblichen Fachlehrer

2.1 Die Regierungen und kommunalen Schulträger melden folgende Bewerber, **deren Verwendung auf Dauer vorgesehen ist** (auch von öffentlichen oder privaten Berufsschulen für Behinderte) und welche die Zulassungsvoraussetzungen zum Vorbereitungsdienst erfüllen, jedoch die Einstellungsprüfung noch nicht erfolgreich abgelegt haben, beim Staatsinstitut IV, Schlesierstraße 30, 91522 Ansbach, namentlich zur Teilnahme an der Prüfung (**Meldeschluss: 14. März 2005**):

- a) Bewerber, die mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages als Aushilfslehrkräfte beschäftigt sind und
- b) in den mit * besonders gekennzeichneten Fachrichtungen/Berufen Bewerber, die mit weniger als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit als Aushilfslehrkräfte beschäftigt sind sowie
- c) in den mit * besonders gekennzeichneten Fachrichtungen/Berufen Bewerber (ohne Unterrichtstätigkeit), die dringend benötigt werden und den Berufsschulen bereits namentlich bekannt sind, und die als Aushilfslehrkräfte mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages beschäftigt werden sollen.

Die Meldung muss folgende Daten enthalten:

- Name, Vorname, Geburtsdatum,
- Privatschrift des Bewerbers/der Bewerberin,
- genaue Bezeichnung des Berufsabschlusses laut Meisterprüfungs- oder Technikerzeugnis (ggf. mit Schwerpunkt) mit Zeugnisdatum,
- Bestätigung über den geforderten Notendurchschnitt von 3,0 im Meisterprüfungs- oder Technikerzeugnis,
- Bestätigung über die erforderliche Berufspraxis von mindestens 2 Jahren,
- Schulschrift,
- Beginn der Tätigkeit als Lehrkraft mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages (vgl. Nr. 2.1 Buchst. a))
und in den mit * besonders gekennzeichneten Fachrichtungen
- Erklärung zum dringenden Bedarf der jeweiligen Berufsschule an einem dauerhaften, überhöftigen Einsatz (vgl. Nr. 2.1 Buchst. b) und c)).

2.2 Bewerber, die **nicht** von den Regierungen und kommunalen Schulträgern nach Nr. 2.1 gemeldet werden, richten ihre Anmeldung bis **spätestens 4. März 2005** an das Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern – Abt. IV, Schlesierstraße 30, 91522 Ansbach (formlos ohne Vorlage von Zeugnissen, jedoch mit **genauer** Bezeichnung des Berufsabschlusses laut Meisterprüfungs- oder Technikerzeugnis).

* Für diese Fachrichtungen können Bewerberinnen und Bewerber nur durch die Regierungen oder kommunalen Schulträger zur Einstellungsprüfung angemeldet werden (vgl. 2.1)

Zur Einstellungsprüfung für den Vorbereitungsdienst der gewerblichen Fachlehrer kann zugelassen werden, wer alle nachfolgend genannten Voraussetzungen erfüllt:

- a) Erfolgreicher Abschluss (Notendurchschnitt von mindestens 3,0)

der Meisterprüfung im Handwerk
oder
der Industriemeisterprüfung
oder
der Technikerprüfung einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Technikerschule

jeweils in einer für die Ausbildung einschlägigen Fachrichtung oder einem einschlägigen Beruf. Bei einer sehr großen Anzahl von Bewerbern in einer Fachrichtung kann ein besserer Notendurchschnitt festgesetzt werden.

- b) Nachweis einer mindestens zweijährigen entsprechenden beruflichen Tätigkeit im Handwerk, in der Industrie oder im öffentlichen Dienst nach Bestehen der Meisterprüfung oder der staatlichen Technikerprüfung (die Tätigkeiten im öffentlichen Dienst müssen außerhalb des Schuldienstes verbracht sein).

- c) Der Bewerber / die Bewerberin muss die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen und die für den Beruf einer Lehrkraft erforderliche gesundheitliche Eignung besitzen.

3. Meldeverfahren für die Einstellungsprüfung der Fachlehrer für Schreibtechnik

Anmeldungen von Bewerbern zur Einstellungsprüfung der Fachlehrer für Schreibtechnik an beruflichen Schulen sind bis **spätestens 4. März 2005** formlos an das Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern – Abt. IV, Schlesierstraße 30, 91522 Ansbach, zu richten. Zur Einstellungsprüfung kann zugelassen werden, wer alle nachfolgend genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt:

- a) Nachweis einer kaufmännischen beruflichen Qualifikation durch erfolgreichen Abschluss einer Fortbildungsprüfung in einer einschlägigen Fachrichtung gemäß § 46 Berufsbildungsgesetz; an die Stelle der Fortbildungsprüfung kann der erfolgreiche Abschluss einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Fachakademie für Wirtschaft (Staatlich geprüfter Betriebswirt/Staatlich geprüfte Betriebswirtin) treten.

Einschlägige Fortbildungsprüfungen gemäß § 46 BBiG sind insbesondere:

- die Abschlüsse als Fachwirt / Fachwirtin und Fachkaufmann / Fachkauffrau

- der Abschluss als Bürovorsteher / -vorsteherin, Arztfachhelfer / -fachhelferin, Zahnmedizinischer Fachhelfer / Zahnmedizinische Fachhelferin oder Zahnmedizinischer Verwaltungshelfer / Zahnmedizinische Verwaltungshelferin.

- b) Der Bewerber / die Bewerberin muss die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen und die für den Beruf einer Lehrkraft erforderliche gesundheitliche Eignung besitzen.

- c) Der Bewerber / die Bewerberin muss die notwendigen Fertigkeiten der Kurzschrift bzw. der Textverarbeitung in einer vom Staatsinstitut durchgeführten Prüfung nachweisen. Diese Prüfung braucht nicht abzulegen, wer bereits die Staatsprüfungen in Textverarbeitung und in Kurzschrift erfolgreich absolviert hat.

4. Das Staatsinstitut teilt bis **spätestens 30. Mai 2005** den zuständigen Regierungen bzw. kommunalen Schulträgern das Ergebnis der Einstellungsprüfung mit.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBeibl 2005 S. 33*
StAnz 2005 Nr. 6

Hinweis

Seminar „Stimmbildung und Vokalbildung“ mit Prof. Dr. Franz Brandl am 5. und 6. November 2005 in München

Prof. Dr. Franz Brandl veranstaltet das Seminar „Stimmbildung und Vokalbildung“ für Lehrkräfte aller Schularten an allgemein bildenden Schulen am 5. und 6. November 2005 in München.

Ort: Geschäftsstelle des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV), Bavariaring 37, 80336 München, Tel. 0 89 / 72 10 01-0

Anmeldung: beim BLLV